

D. 2001 — 2600

[C — 2001/33058]

**27. APRIL 2001 — Sektorielles Abkommen zwischen der Französischen Gemeinschaft
und der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Bereich der Jugendhilfe**

Die Französische Gemeinschaft, vertreten durch Herrn Herve HASQUIN, Ministerpräsident, und Frau Nicole MARECHAL, Ministerin für Jugendhilfe und Gesundheit,

und

die Deutschsprachige Gemeinschaft, vertreten durch Herrn Karl-Heinz LAMBERTZ, Ministerpräsident, und Herrn Hans NIESSEN, Minister für Jugend und Familie, Denkmalschatz, Gesundheit und Soziales,

Auf Grund der Artikel 127, 128 und 130 der Verfassung;

Auf Grund des Sondergesetzes über die institutionellen Reformen vom 8. August 1980, so wie es abgeändert wurde, insbesondere der Artikel 5, § 1, II, 6° und 92bis,

Auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über die institutionellen Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, so wie es abgeändert wurde, insbesondere der Artikel 4, § 2 und 55bis;

Auf Grund des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. April 1995 zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 9;

Auf Grund des Dekretes der Französischen Gemeinschaft vom 4. März 1991 über die Jugendhilfe, in seiner letzten abgeänderten Fassung;

Auf Grund des Dekretes der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe, in seiner letzten abgeänderten Fassung;

In der Erwägung, dass Artikel 9 des oben erwähnten Abkommens bewusst den befugten Instanzen die Möglichkeit gelassen hat, sektorielle Abkommen in gewissen Bereichen, unter anderem im Bereich der Jugendhilfe; abzuschließen,

In der Erwägung, dass dieses Abkommen den Bedürfnissen der beiden Gemeinschaften im Bereich der Jugendhilfe entspricht;

Bestrebt, ihre Beziehungen im Respekt der föderalen Loyalität harmonisch zu regeln,

haben folgendes vereinbart:

KAPITEL I — Begriffsbestimmung

Artikel 1 - 1. Für die Anwendung des vorliegenden Abkommens versteht man unter:

1. **Jugendliche:** der Jugendliche wie er im Artikel 1 des Dekretes der Französischen Gemeinschaft über die Jugendhilfe vom 4. März 1991 und im Artikel 1 des Dekretes der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Jugendhilfe vom 20. März 1995 definiert ist.
2. **Einrichtung:** die Gruppe der öffentlichen Einrichtungen, die Person, die Einrichtung und der Dienst, wie sie im Artikel 1 der in 1. erwähnten Dekrete definiert sind;
3. **Die Pflegefamilie:** die Pflegeeltern oder die Pflegefamilie wie sie in Artikel 1 der in 1. erwähnten Dekrete definiert sind;
4. **Die Minister:** die Minister, die die Jugendhilfe in ihrem Zuständigkeitsbereich haben;
5. **Die zuständigen Ministerien:** die Ministerien, die die Jugendhilfe in ihrem Zuständigkeitsbereich haben;
6. **Entscheidungsbehörde:**
 - für die Französische Gemeinschaft: der Berater der Jugendhilfe, der Direktor der Jugendhilfe, der Jugendrichter oder das Jugendgericht oder der Berufungsjugendrichter und die Jugendkammer des Appellationshofes;
 - für die Deutschsprachige Gemeinschaft: das Präsidium, der Jugendhilfedienst, der Jugendrichter sowie das Jugendgericht oder der Berufungsjugendrichter und die Jugendkammer des Appellationshofes.

KAPITEL II — Hilfs- oder Schutzmaßnahmen

Art. 2 - Die Betreuung eines Jugendlichen durch eine Einrichtung einer Gemeinschaft, in Ausführung einer Entscheidung einer Behörde der anderen Gemeinschaft, ist zugelassen wenn eine der beiden folgenden Bedingungen erfüllt ist:

1. Die Muttersprache des Jugendlichen entspricht nicht der Sprache der Gemeinschaft der Entscheidungsbehörde, sondern der Sprache der jeweils anderen Gemeinschaft und die Kenntnisse der Zweitsprache sind unzureichend, um den Verbleib in der Gemeinschaft seines Wohnortes zu rechtfertigen.
2. Die Gemeinschaft der Entscheidungsbehörde verfügt nicht über eine den Bedürfnissen des Jugendlichen und der durch diese Behörde beschriebenen Maßnahme angepassten Einrichtung. In diesem Falle muss abgewogen werden, ob der Jugendliche die notwendigen Sprachkenntnisse der Gemeinschaft beherrscht, in der die Einrichtung sich befindet, auf die zurückgegriffen werden soll.

Vor einer Entscheidung informiert sich die Entscheidungsbehörde über die Charakteristiken der ausgewählten Einrichtung und verpflichtet sich diese einzuhalten.

Art. 3 - Der Jugendliche darf nur aus den in Artikel 2 1. vorgesehenen sprachlichen Gründen oder aus innerfamiliären Gründen in einer Pflegefamilie der anderen Gemeinschaft untergebracht werden.

Art. 4 - Zur Anwendung von Artikel 2 oder 3 bedarf es der vorherigen Abstimmung mit den jeweils von den zuständigen Ministerien befugten Personen. Der Betreuungsbeschluss wird unverzüglich an das Ministerium der Gemeinschaft, in der sich die Einrichtung befindet, übermittelt.

Die Entscheidungsbehörde, die die Maßnahme beschlossen hat, bleibt bei einer Betreuung in der anderen Gemeinschaft zuständig.

Die Kosten der Unterbringung gehen zu Lasten der Gemeinschaft, in der sich die Entscheidungsbehörde befindet. Sie werden durch die Gemeinschaft, in der sich die Einrichtung befindet, vorgestreckt und nach den Subventionsbestimmungen, die für diese Einrichtung anwendbar sind, ausbezahlt. Anschließend werden die Kosten durch die erstattungspflichtige Gemeinschaft aufgrund einer jährlichen Abrechnung, die nach den in der Anlage festgelegten Normen erstellt wird, rückerstattet.

Art. 5 - Jeder Jugendliche untersteht den Regeln der Einrichtung, der er anvertraut wurde.

Art. 6 - Im Falle einer Unterbringung, erhalten die Behörde, die die Unterbringung in einer anderen Gemeinschaft als die des Jugendlichen, veranlasst hat, sowie die Personen, die mit der Betreuung des untergebrachten Jugendlichen beauftragt sind, die Erlaubnis, den Jugendlichen in der betroffenen Einrichtung zu besuchen.

KAPITEL III — *Zusammenarbeit Zwischen den Diensten*

Art. 7 - Auf Anfrage der Deutschsprachigen Gemeinschaft begutachtet der pädagogische Inspektionsdienst der Generaldirektion der Jugendhilfe der Französischen Gemeinschaft die Arbeitsweise der Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 8 - Die Mitarbeiter der ortsnahen Jugendhilfedienste und Jugendgerichtsdienste der beiden Gemeinschaften treffen sich halbjährlich um über Arbeitsmethoden und gemeinschaftsübergreifende Fallarbeit zu konzertieren. Dieses Zusammentreffen findet abwechselnd auf Einladung einer der beiden Vertragspartner statt.

Auf Anfrage eines Vertragspartners können Mitarbeiter des Jugendhilfedienstes und des Jugendgerichtsdienstes der einen Gemeinschaft die Arbeitsmethoden der anderen Gemeinschaft vor Ort einsehen.

Art. 9 - Die Vertragspartner fördern die Organisation gemeinsamer Weiterbildungen, ermöglichen die Teilnahme der Mitarbeiter der betroffenen Dienste an ihren gegenseitigen Weiterbildungen sowie an den Konzertierungen im Rahmen der Jugendhilfe.

Art. 10 - Die Französische Gemeinschaft lädt die Deutschsprachige Gemeinschaft als Beobachter zu den Konzertierungsversammlungen zwischen der Magistratur, dem Justizministerium und dem Ministerium der Französischen Gemeinschaft ein.

Art. 11 - Die Vertragspartner verpflichten sich im Rahmen der Amtshilfe zur konstruktiven Zusammenarbeit bei Jugendhilfe- und Jugendgerichtsfällen, in denen einer der Nachbarstaaten impliziert ist und um Mitarbeit bittet und auf Grund des Wohnortes und der Sprache des betroffenen Jugendlichen beide Gemeinschaften gefordert sind. Vorliegende Bestimmung hat keinerlei Auswirkung auf die territoriale Zuständigkeit beider Vertragspartner.

Art. 12 - Die Vertreter der zuständigen Ministerien der beiden Gemeinschaften treffen sich einmal jährlich um die Jahresabrechnung, in Anwendung von Artikel 4 Absatz 3, zu erstellen und Bilanz über die Anwendung des vorliegenden Abkommens zu ziehen.

Die Jahresabrechnung wird durch die jeweilig zuständigen politischen Behörden gutgeheißen.

KAPITEL IV — *Schlussbestimmung*

Art. 13 - Vorliegendes Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren geschlossen und tritt am Tage der Unterzeichnung in Kraft. Es verlängert sich stillschweigend jeweils um fünf Jahre, wenn es nicht spätestens ein Jahr vor Ablauf schriftlich von einer oder beiden Parteien aufgekündigt wird.

Art. 14 - Vorliegendes Abkommen findet unverzüglich auf alle laufenden Entscheidungen, bei denen eine zwischengemeinschaftliche Hilfsmaßnahme im Rahmen der in den Artikeln 2 und 3 aufgeführten Gründen veranlasst wurde, Anwendung.

Eupen, den 27. April 2001

Für die Regierung der Französischen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
H. HASQUIN

Die Ministerin für Jugendhilfe und Gesundheit,
Frau N. MARECHAL

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales,
H. NIESSEN

Anlage zum sektoriellen Abkommen zwischen der Französischen Gemeinschaft
und der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Bereich der Jugendhilfe

Normen für die Rückerstattung der Beträge pro Betreuungstag eines Jugendlichen in Anwendung des Artikels 4, Absatz 3:

Öffentliche Einrichtungen des Jugendschutzes in einer offenen Abteilung: 9 000 BF (223,10 Euro) pro Betreuungstag eines Jugendlichen.

Öffentliche Einrichtungen des Jugendschutzes in einer geschlossenen Abteilung: 12 000 BF (297,47 Euro) pro Betreuungstag eines Jugendlichen.

Private Unterbringungseinrichtungen: 4.300 BF (106,59 Euro) pro Betreuungstag eines Jugendlichen.

Pflegefamilien: 500 BF (12,39 Euro) pro Betreuungstag eines Jugendlichen.

Gesehen, um dem sektoriellen Abkommen zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Bereich der Jugendhilfe beigefügt zu werden.

Für die Regierung der Französischen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
H. HASQUIN

Die Ministerin für Jugendhilfe und Gesundheit,
Frau N. MARECHAL

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales,
H. NIESSEN

TRADUCTION

F. 2001 — 2600

[C — 2001/33058]

**27 AVRIL 2001. — Accord sectoriel entre la Communauté française
et la Communauté germanophone en matière d'aide à la Jeunesse**

La Communauté française représentée par M. Hervé Hasquin, Ministre-Président et Mme Nicole Marechal, Ministre de l'aide à la jeunesse et de la santé;

La Communauté germanophone représentée par M. Karl Heinz Lambertz, Ministre-Président et M. Hans Niessen, Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales;

Vu les articles 127, 128 et 130 de la Constitution;

Vu la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980, telle qu'elle a été modifiée, notamment les articles 5, § 1^{er}, II, 6° et 92bis;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone telle qu'elle a été modifiée, notamment les articles 4, § 2 et 55bis;

Vu l'accord de coopération du 12 avril 1995 entre la Communauté française et de la Communauté germanophone et essentiellement l'article 9 de cet accord;

Vu le décret de la Communauté française du 4 mars 1991 relatif à l'aide à la jeunesse, tel qu'il a été modifié;

Vu le décret de la Communauté germanophone du 20 mars 1995 relatif à l'aide à la jeunesse, tel qu'il a été modifié;

Considérant que l'article 9 de l'accord précité a spécialement donné la possibilité aux instances compétentes de conclure des accords sectoriels dans divers domaines, entre autres dans le domaine de l'aide à la jeunesse;

Attendu que le présent accord répond aux besoins des deux Communautés dans le domaine de l'aide à la jeunesse;

Soucieux de régler de manière harmonieuse leurs rapports dans le respect de la loyauté fédérale,

ont conclu ce qui suit :

CHAPITRE I^{er}. — *Définition*

Article 1^{er}. Pour l'application du présent accord il faut entendre par :

1° jeune : le jeune tel que défini par l'article 1^{er} du décret du 4 mars 1991 de la Communauté française relatif à l'aide à la jeunesse et par l'article 1^{er} du décret du 20 mars 1995 de la Communauté germanophone relatif à l'aide à la jeunesse;

2° institution : le groupe des institutions publiques, la personne, l'institution ou le service agréé tels que définis par les articles 1^{er} des décrets mentionnés au 1°;

3° la famille d'accueil : le parent d'accueil ou la famille d'accueil tels que définis par les articles 1^{er} des décrets mentionnés au 1^{er};

4° les ministres : les ministres qui ont l'aide à la jeunesse dans leurs attributions;

5° les ministères compétents : les ministères qui ont l'aide à la jeunesse dans leurs attributions;

6° l'autorité de décision :

- pour la Communauté française : le Conseiller de l'aide à la jeunesse, le Directeur de l'aide à la jeunesse ainsi que le juge et le tribunal de la jeunesse ou le juge d'appel de la jeunesse et la chambre de la jeunesse de la cour d'appel;
- pour la Communauté germanophone : le Bureau, le Service de l'aide à la jeunesse ainsi que le juge et le tribunal de la jeunesse ou le juge d'appel de la jeunesse et la chambre de la jeunesse de la cour d'appel.

CHAPITRE II. — *Mesures d'aide ou de protection*

Art. 2. La prise en charge d'un jeune par une institution d'une Communauté en exécution d'une décision d'une autorité de l'autre Communauté, est autorisée, si une des deux conditions suivantes est remplie :

- 1° la langue maternelle ne correspond pas à la langue de la Communauté de l'autorité de décision, mais à celle de l'autre Communauté et ses connaissances de la deuxième langue sont insuffisantes pour justifier le séjour dans la Communauté de son lieu de résidence;
- 2° la Communauté de l'autorité de décision ne dispose pas d'institution appropriée répondant aux besoins du jeune et à la mesure définie par cette autorité; il y a lieu dans ce cas d'apprécier si le jeune connaît suffisamment la langue de la Communauté dans laquelle se situe l'institution au concours de laquelle il est envisagé d'avoir recours.

Avant de décider d'une mesure, l'autorité concernée s'informe des caractéristiques de l'institution envisagée et s'engage à les respecter.

Art. 3. Le jeune ne peut être confié à une famille d'accueil de l'autre Communauté que pour des raisons linguistiques tel que prévu à l'article 2, 1° ou en vue d'un placement intra-familial.

Art. 4. L'application de l'article 2 ou de l'article 3 suppose la concertation préalable avec les personnes responsables des ministères compétents. La décision de prise en charge est immédiatement transmise au ministère de la Communauté où se trouve l'institution.

L'autorité qui a ordonné la mesure reste compétente dans le cas d'une prise en charge dans l'autre Communauté.

Les frais sont à charge de la Communauté où se situe l'autorité de décision. Ils sont avancés par la Communauté où se trouve l'institution et liquidés selon les règles de subsidiarité applicables à cette institutions. Les frais sont ensuite restitués par la Communauté débitrice sur base d'un décompte annuel établi selon les normes prévues en annexe.

Art. 5. Chaque jeune est soumis au règlement de l'institution à laquelle il est confié.

Art. 6. En cas de placement, l'autorité qui a ordonné la prise en charge dans une institution d'une Communauté n'étant pas celle du jeune, de même que les personnes qui sont chargées de l'accompagnement du jeune, reçoivent l'autorisation de rendre visite à celui-ci dans l'institution concernée.

CHAPITRE III. — *Coopération entre les services*

Art. 7. A la demande de la Communauté germanophone, le service de l'inspection pédagogique de la direction générale de l'aide à la jeunesse de la Communauté française évalue les méthodes de travail des institutions de la Communauté germanophone.

Art. 8. Les collaborateurs des services de l'aide à la jeunesse et de protection judiciaire limitrophes se rencontrent deux fois par an pour se concerter sur les méthodes de travail et les interventions intercommunautaires. La rencontre a lieu alternativement sur l'invitation d'une des deux parties contractantes.

Les collaborateurs du service de l'aide à la jeunesse et de protection judiciaire d'une des Communautés peuvent, à la demande d'une des parties contractantes, prendre connaissance sur place des méthodes de travail de l'autre Communauté.

Art. 9. Les parties contractantes favorisent l'organisation de formations communes et rendent possible la participation des collaborateurs des services concernés aux formations réciproques comme aux concertations dans le cadre de l'aide à la jeunesse.

Art. 10. La Communauté française invite la Communauté germanophone comme observateur aux réunions de concertation entre la magistrature, le Ministère de la Justice et le Ministère de la Communauté française.

Art. 11. Les parties contractantes s'engagent à une collaboration constructive dans la mise en œuvre des mesures prises par une autorité de décision lorsque les Etats voisins sont impliqués et demandent un soutien et où les deux Communautés sont interpellées en raison du domicile et de la langue du jeune concerné. La présente disposition ne porte pas préjudice à la compétence territoriale des parties contractantes.

Art. 12. Les représentants des ministères concernés se rencontrent une fois par an pour établir le décompte annuel en application de l'article 4, alinéa 3 et pour dresser un bilan de l'application du présent accord.

Le décompte annuel sera approuvé par les autorités politiques compétentes.

CHAPITRE IV. — *Dispositions finales*

Art. 13. Le présent accord est conclu pour une durée de cinq ans et entrera en vigueur le jour de sa signature. Si aucune des parties contractantes ne résilie l'accord moyennant un préavis écrit d'un an, celui-ci sera reconduit tacitement pour une nouvelle période de cinq ans.

Art. 14. La convention est d'application immédiate à toutes les décisions en cours où une mesure d'aide intercommunautaire a été octroyée pour une des raisons figurant aux articles 2 et 3.

Eupen, le 27 avril 2001.

Pour le Gouvernement de la Communauté française :

Le Ministre-Président,
H. HASQUIN

La Ministre de l'Aide à la Jeunesse et de la Santé,

Mme N. MARECHAL

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments et Sites,
de la Santé et des Affaires sociales,

H. NIESSEN

Annexe à l'accord sectoriel entre la Communauté française
et la Communauté germanophone en matière d'aide à la jeunesse

Normes de restitution des montants forfaitaires par journée de prise en charge des jeunes, en application de l'article 4, alinéa 3.

Institution publique de protection de la jeunesse à régime ouvert : 9 000 BEF (223,10 euros) par journée de prise en charge d'un jeune.

Institution publique de protection de la jeunesse à régime fermé : 12 000 BEF (297,47 euros) par journée de prise en charge d'un jeune.

Institution privée assurant l'hébergement : 4 300 BEF (106,59 euros) par journée de prise en charge d'un jeune.

Famille d'accueil : 500 BEF (12,39 euros) par journée de prise en charge d'un jeune.

Vu pour être annexé à l'accord sectoriel entre la Communauté française et la Communauté germanophone en matière d'aide à la jeunesse.

Pour le Gouvernement de la Communauté française :

Le Ministre-Président,
H. HASQUIN

La Ministre de l'Aide à la Jeunesse et de la Santé,

Mme N. MARECHAL

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments et Sites,
de la Santé et des Affaires sociales,

H. NIESSEN